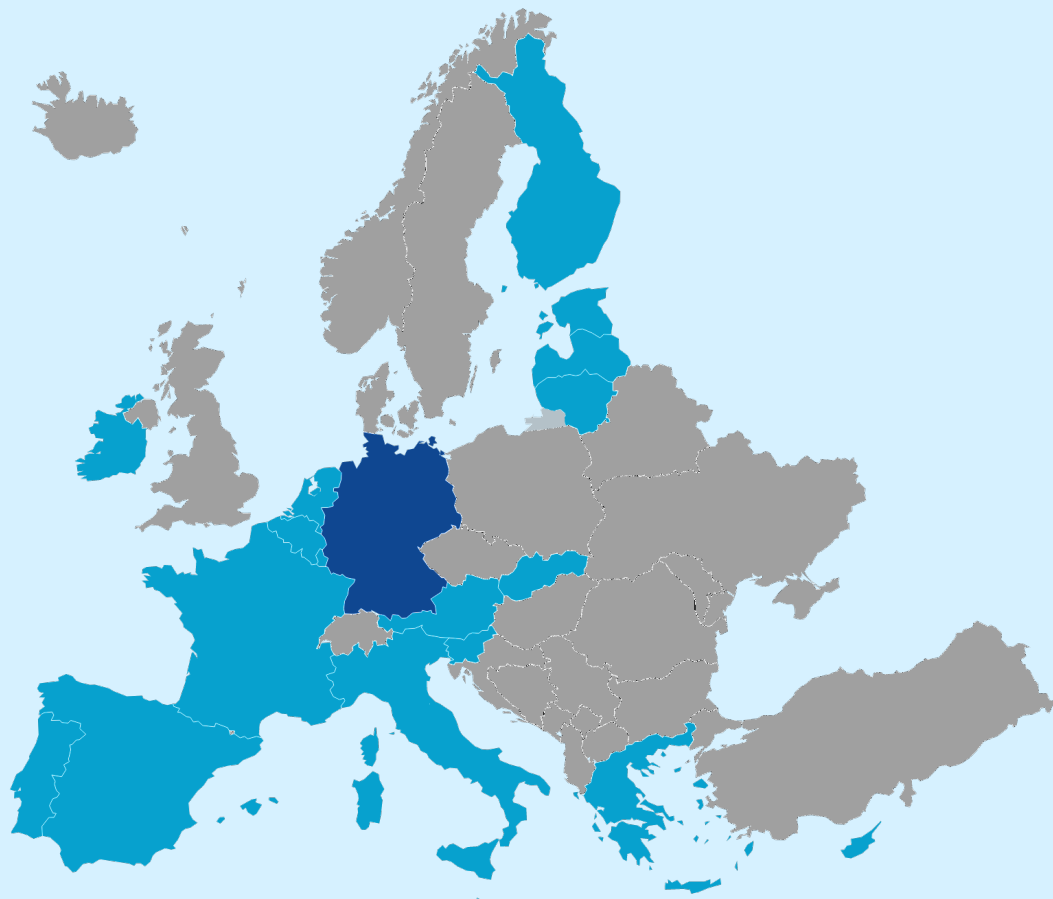




Kofinanziert von der
Europäischen Union

Future Learning: EU Integration and Digital Modernization in the Age of Climate Change Policy

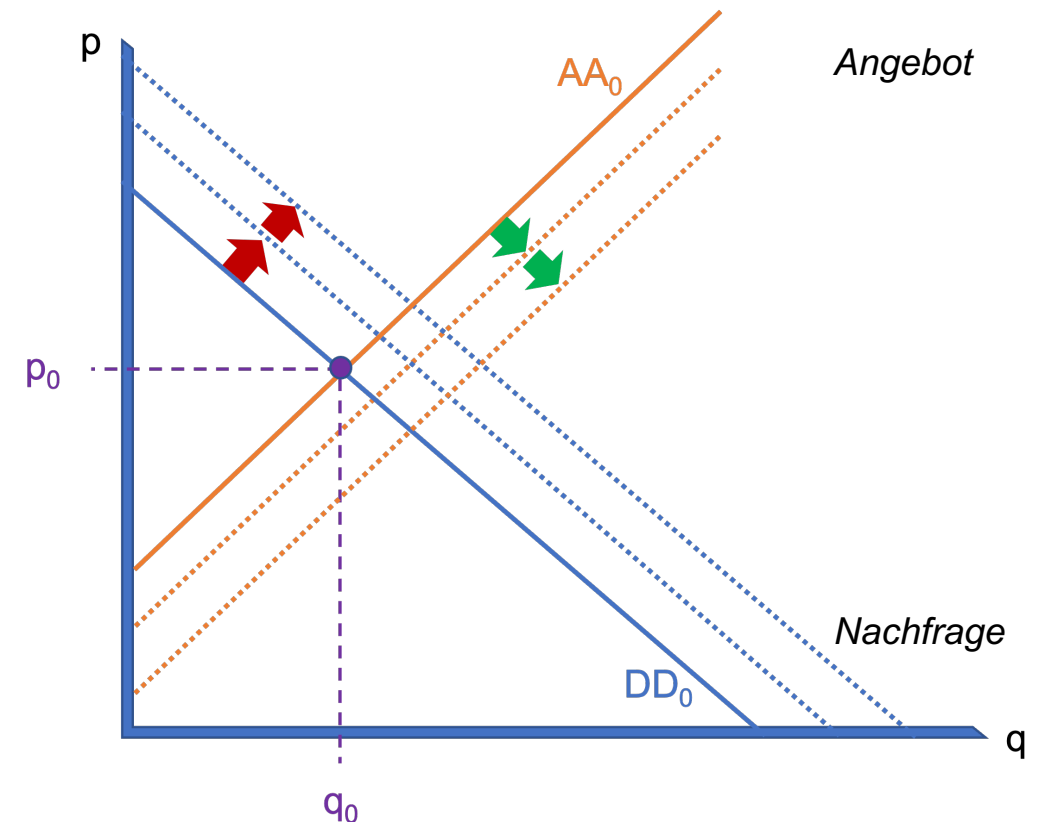
Inflation in Deutschland und der Eurozone





- **Inflation heißt Geldentwertung beziehungsweise Anstieg des Verbraucher-Preisniveaus P** (oder des entsprechenden Indikators für alle Güter: „Sozialproduktsdeflator“)
- **Man unterscheidet**
 - A) Allgemeine Inflationsrate (headline inflation),**
wie sie in der Statistik veröffentlicht wird;
meist jährliche Änderungsrate in Prozent, also: P im 1. Quartal 2022 verglichen mit 1. Quartal 2021
→ z.B. sei: Q1, 2021: 100 || Q1, 2022: 110 || → das bedeutet eine Inflationsrate von 10%
 - B) die enger gefasste Kerninflationsrate**
(ohne Lebensmittel und Energie – beide gelten als stark schwankungsanfällig);
in 2022 aber gerade Energiepreiserhöhung in EU massive Treiber der Allgemeinen Inflationsrate

Betrachtet man einen einzelnen **Markt** mit:
Angebotskurve der Unternehmen im **Preis(p)-Menge(q)**-Diagramm und **Nachfragekurve** der Haushalte,
so kann bei gegebener Angebotskurs AA_0 eine mehrfache **Verschiebung der Nachfragekurve zu höherem Einzelpreis p** in einem bestimmten Markt i (z.B. für Autos) führen;
in einem anderen Markt j (z.B. für Mobiltelefone) könnte der Preis aber sinken, weil durch technischen Fortschritt die **Angebotskurse mehrfach nach unten verschoben wird**.
Der Gesamtpreisindex P kann steigen, fallen oder gleichbleiben.

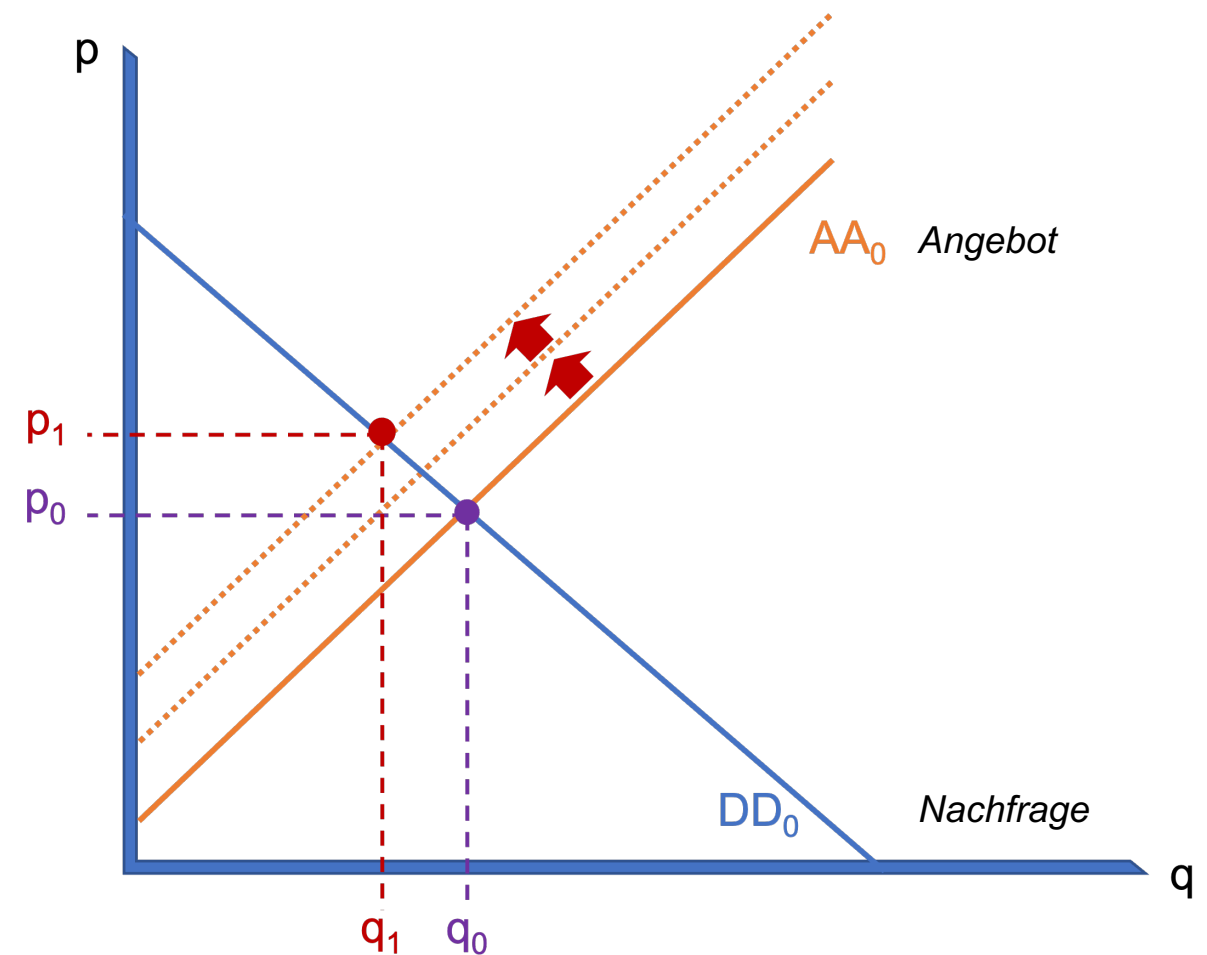




Wenn die **Angebotskurve** – dahinter stecken die Produktionskosten der Unternehmen – **mehrfach nach oben verschoben wird** (z.B. weil die Gas- oder Stromkosten der Firmen steigen), dann womöglich, bei gegebener Nachfragekurve, die Preise auf allen Märkten. Denn in jeder Güterproduktion erfolgt ein Stromeinsatz.

Wenn also in **allen Märkten** Gas-/Strompreise (Teil der Kosten) immer neu – jedes Quartal - stark steigen, **verschiebt sich Angebotskurve (bzw. die Kostenkurve) nach OBEN auf ALLEN Märkten = Inflationsdruck = Situation in 2022 u. ggf. auch 2023.**

Kann man Strompreise durch staatl. Eingriff senken=Inflationsdruck sinkt (z.B. via **Gaspreisdeckel NUR bei Verstromung; Roeger/Welfens, EIIW Diskussionsbeitrag 323)**





- **Preisniveau als „durchschnittlicher Preis auf dem Gütermarkt“** (Markt für neuproduzierte Güter) hängt ab von Inlandspreisen, aber auch von Importpreisen (z.B. importierte Computer-Chips aus den USA, die 1 \$ kosten sollen in der Ausgangsperiode t_0 ; auch wenn der Importpreis in die Eurozone in \$ unverändert wäre, so kann bei einer Währungsabwertung des Euro (man muss statt in t_0 1€/ \$ nun in t_{01} annahmegemäß – als Beispiel - 1,20€/ \$ zahlen: Der aus den USA importierte Computer-Chip kostet in € gerechnet jetzt 20 % mehr als zuvor).
- **Abwertung der Währung heißt:** für einen \$ muss man mehr € zahlen. **Urlaub in den USA und Güterimporte aus USA verteuern sich.**
- **Wenn das Preisniveau in den USA um 10% im Jahr steigt und der Euro um 20% abwertet,** dann steigen aus den USA importierte Güter im Preis in Euro gerechnet um 30% (z.B. Computerchips, Flugzeuge von Boeing oder Flüssiggas/LNG=liquified natural gas); **das Phänomen kann man als importierte Inflation bezeichnen.**



- **Inflation kann die Zentralbank – in der Eurozone also die Europäische Zentralbank – durch eine restriktive Geldpolitik entgegenwirken** (Geld bei „M1“ definiert als Bargeld beim Publikum + Sichteinlagen bei Banken); wenn die Geldmengenwachstumsrate sinkt (bei M1; vor allem aber bei M3, was eine breiter definierte Geldmenge als M1 ist, da z.B. auch Spareinlagen enthalten sind), sinkt mit Zeitverzögerung die Inflationsrate.
- **Europäische Zentralbank (EZB) kann auch Notenbankzins als Mittel gegen Inflation erhöhen (wie FED in USA, Bank of England in UK)=höhere Kreditzinsen=Nachfrage der Konsumentenschaft u. Investoren sinkt: Preise sinken allgemein, was Inflation mindert.**
- **Steigt die Wachstumsrate der Geldmenge, erhöht sich die Inflation. Das schließt nicht aus, dass eine Erhöhung des Preisniveaus auch nicht-monetäre Ursachen zeitweise haben kann:** z.B. Russland kürzt Gaslieferungen in die EU in 2022: Gaspreis+, Strompreis+, P+

Jährliche Inflationsrate in den Ländern der Eurozone in den ersten beiden Quartalen 2020 und 2022



Kofinanziert von der
Europäischen Union

	2020/Q1	2020/Q2	2022/Q1	2022/Q2
Estland	1,37%	-1,43%	12,47%	20,40%
Litauen	2,03%	0,67%	13,97%	18,53%
Lettland	2,07%	-0,70%	9,27%	16,37%
Slowakei	2,40%	2%	8,53%	11,77%
Niederlande	1,53%	1,27%	8,87%	10,43%
Griechenland	0,53%	-1,17%	6,60%	10,40%
Belgien	1,23%	0%	9,10%	9,90%
Luxemburg	1,83%	-0,93%	6,77%	9,47%
Slowenien	2,23%	-1,17%	6,33%	8,97%
Spanien	0,93%	-0,63%	7,87%	8,93%
Zypern	1,03%	-1,60%	5,67%	8,80%
Irland	0,73%	-0,57%	5,87%	8,40%
Deutschland	1,43%	0,70%	6,07%	8,23%
Portugal	0,67%	-0,17%	4,43%	8,17%
Eurozone (19 Länder)	1%	0,23%	6,13%	8,03%
Österreich	1,50%	1,07%	5,53%	7,83%
Italien	0,23%	-0,20%	6,03%	7,37%
Finnland	0,77%	-0,10%	4,77%	7%
Frankreich	1,13%	0,33%	4,20%	5,90%
Malta	1,20%	1%	4,27%	5,77%

Anmerkung: Die Quartalwerte sind berechnet als einfacher Durchschnitt der Monatsdaten des jeweiligen Quartals. Die Inflationsrate ist angegeben im harmonisierten Verbraucherpreisindex, prozentuale Veränderung zum Vorjahr.

Hinweis: Gasumlage für private Haushalte und Unternehmen in Deutschland (ab Okt. 2022) erhöht die Inflationsrate um knapp 1 Prozentpunkt.

Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung von Eurostat-Daten (Datenreihe: PRC_HICP_MANR, Stand 8/22).

Beachte: Inflationsrate in der Schweiz Mitte 2022 nur etwa 4%



- **Warum ist die Erhöhung der Inflationsrate so unterschiedlich z.B. in der Schweiz (4%), Deutschland/Eurozone (etwa 8% Mitte 2022)**
 - **Schweiz: Gasverstromung spielt keine Rolle**, vor allem Wasserkraftwerke für Strom; schweizerische Strommarkt wenig mit EU-Strommarkt integriert;
 - **Die Schweiz hat einen flexiblen Importzollsatz bei Lebensmittelimporten und anderen Güterimporten – mit besondere Zollpolitik**: Wenn der Weltmarktpreis ansteigt, dann sinkt der entsprechende Importzollsatz, so dass die Preise in Schweizer Franken gerechnet in etwa konstant bleiben können.
 - **Die Glaubwürdigkeit und Stabilitätsorientierung der Schweizerischen Nationalbank ist besonders hoch** – höher als die der EZB; die langjährig niedrige Inflationsrate ist daher in der Inflations-ERWARTUNG der Schweizerinnen und Schweizer stärker verankert als bei der Bevölkerung der Eurozone. Zinserhöhungen der Notenbank in der Schweiz gelten als stärkere Anti-Inflationssignale als gleich hohe Zinserhöhungen der EZB (in der EZB gibt es geldpolitische Falken und eine Gruppe von Tauben= weniger an Inflationsbekämpfung interessiert).



- **Inflation bedeutet Geldentwertung bzw. ein steigendes Preisniveau P:**
- **Preisniveau P ist der gewichtete Durchschnitt von Einzelpreisen im Warenkorb repräsentativer Verbraucher:innen**
 - **Ausgaben für Energie (plus Lebensmittel) bei Konsumausgaben relativ hoch**, diese Preissteigerungen gehen mit recht großem Gewichtungsfaktor einher; wenn der Preisindex in 2023 aktualisiert wird – in der Realität geschieht das etwa alle fünf Jahre –, dann wird der Gewichtungsfaktor für Energiepreissteigerungen noch höher als 2022 oder 2020 sein.
 - **Gaspreise oft entscheidend für Strompreis**, da Gaskraftwerke flexibel zugeschaltet werden können: in vielen Tagesstunden „Grenzanbieter“ sind, die das Strompreisniveau aller Energiearten einheitlich bestimmt (wenn man Gaspreis für Verstromung deckelte/Roeger-Welfens-Ansatz: 8.9.2022, kann man Strompreis daher absenken; etwa dritteln)



- Eine geringe Inflationsrate von 1-2% ist problemlos, zumal die Güterqualität im Zeitablauf ansteigt (qualitätsbereinigt ist die Kaufkraft des Geldes dann in etwa unverändert im Zeitablauf); und es gibt Messunsicherheiten beim Preisniveau bzw. der Inflation. **Inflationsrate unter, aber nahe bei 2% ist Zielgröße der Europäischen Zentralbank (EZB)**; lange erreicht, **aber deutlich überschritten in 2022.**
 - **Inflationsraten in Eurozone, UK und USA in 2022 nahe an 10%**, was die Zentralbanken – also die EZB in der Eurozone zu einer Erhöhung der Zentralbankzinssätze erhöht: das verteuert Kredite, die Banken bei der Zentralbank aufnehmen; entsprechend erhöhen Banken den Kreditzins gegenüber Kunden, z.B. **Unternehmen, die bei einem Realzinsanstieg weniger investieren.**



- **Realzins ist der Zins in „Gütereinheiten“ und beträgt normalerweise 2-3%** (wenn man einen Kredit über einen Kasten Wasser mit 100 Flaschen aufnimmt, wobei Preis einer Flasche 1 € sei, bedeutet 3% im Kreditvertrag, dass man bei Preisniveaustabilität als Kreditnehmer den Kreditbetrag, also 100 € zurückzahlt plus 3 Flaschen Mineralwasser: insgesamt als 103 €; wenn am Ende der Periode das Preisniveau aber um 10% gestiegen ist (Preis pro Flasche dann 1,1 €), dann müsste man 13% im Kreditvertrag stehen haben, damit sich immer noch ein Realzins von 3% ergäbe.
- **Realzins wird ermittelt als Kreditszins am Markt (Nominalzins, der im Kreditvertrag steht) minus Inflationsrate.**
- **Realzins ist für Investitionsvolumen** entscheidend u. bei den privaten Haushalten Anschaffungen bei langlebigen Konsumgütern; Realzins 2022 in DE/Eurozone: 5 % Nominalzins minus 8% Inflationsrate = -3%: Das ist ökonomisch wie ein Zuschuss beim kreditfinanzierten Kauf von Gütern (Investitionsgütern oder Konsumgütern). **Wenn die EZB deutlich via Notenbankzinserhöhung den Marktzins erhöht, wird Realzins in 2023/24 wohl positiv sein**



- **Probleme bei den internationalen Lieferketten**
 - speziell mit Blick auf das bei exportierten Vorprodukten wichtige Land China (mit Lockdowns)
 - verknappte Lieferungen: Importeure in DE und anderen Industrieländern überboten sich gegenseitig im Preis
- **Konjunkturaufschwung in 2021/2022** (1. Halbjahr)
 - unterstützt durch expansive Geld- und Fiskalpolitik
 - nach den Corona-Jahren 2020/21 ein Aufschwung beim Konsum im ersten Halbjahr 2022
 - ...allerdings durch die stark erhöhte Inflationsrate und die Verunsicherungseffekte im Kontext mit dem Ukraine-Russland-Krieg ab Sommer 2022 sichtbar gebremst
- Der starke **Anstieg der Öl- und Gaspreise** auf den Weltmärkten in 2021 **war der Erwartung eines globalen Wirtschaftsaufschwungs geschuldet**
 - 24. Februar 2022: weitere Preiserhöhungen; Ukraine-Russland-Krieg, weniger Gaslieferungen durch Russland, steigende Energie- & Lebensmittelpreise; ohne Einbeziehung dieser volatilen Preise:
Kerninflation (ca. 4% in 2022)
 - **Ölpreis (Weltmarktpreis) seit Sept. 2022 international rückläufig: Einbruch Konjunktur erwartet! Nachfrage nach Öl sinkt mittelfristig = Dämpfung bei Inflation**



- **Ukraine-Russland-Krieg:** Verunsicherung über die im Weltmarkt 2022 verfügbaren Mengen von Getreide, Mais und Sonnenblumenöl (Ukraine und bei Getreide auch Russland wichtige globale Lieferländer)
→ steigende Nahrungsmittelpreise im Zug steigender Preiserwartungen (Käufer haben Güterkäufe zeitlich vorgezogen)
- **Die Inflationsrate in der Eurozone in 2022 war im ersten Halbjahr** etwas niedriger als in den USA und Großbritannien
→ bei einer weiteren **Euro-Abwertung (z.B. im Kontext der Italien-Wahl im Sept) gegenüber dem Dollar** wird allerdings vermutlich im zweiten Halbjahr 2022 ein verstärkter Inflationsdruck über – in Euro gerechnet – **steigende Importpreise in Eurozone** entstehen.





- **Intensiver Wettbewerb im Internet** als Stabilisierungsimpuls bei vielen Preisen
 - **IWF-Untersuchung: zumindest kurzfristig inflationssenkend via mehr Wettbewerb**
 - ABER: Steigende Marktmacht von Anbietern mit digitalen Verkaufsplattformen könnten mittelfristig den Inflationsdruck steigern: mit erhöhter Marktmacht geht eine Tendenz bei Firmen einher, die Gewinn-Zuschlagssätze zu erhöhen → $Preis = Durchschnittskosten * (1 + Gewinnzuschlagssatz)$
- Vorübergehende leichte Abbremsung der Inflationsratenerhöhung durch **staatliche Preisbegrenzungsmaßnahmen** bei Öl, Gas, Strom oder Benzin im ersten Halbjahr 2022 in Ländern der Eurozone (z.B. Frankreich, Port., Spa)
 - **Schon in 2021/2022 bestehende hohe staatliche Defizitquoten (Defizit/Bruttoinlandsprodukt) → deutliche Finanzierungsengpässe in vielen Ländern der Eurozone/der EU absehbar**, wenn Forderungen nach einer langfristigen Quasi-Subventionierung durch den Staat laut werden sollten



Inflationsrate in Deutschland: Veränderung zum Vorjahr
Januar 1970 bis Juli 2022 (kalender- und saisonbereinigt)



Anmerkung: Inflation auf Basis des Nationalen Verbraucherpreisindex (2015 = 100), kalender- und saisonbereinigt.

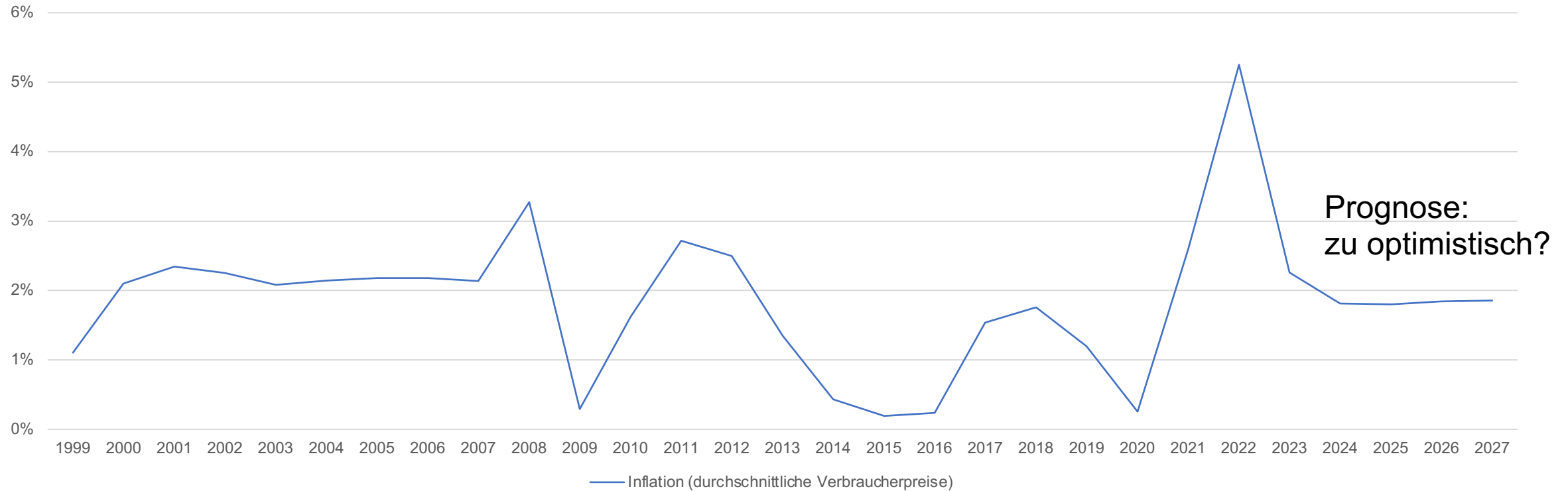
Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen auf Basis von Daten der Deutschen Bundesbank (Schlüssel BBDP1.M.DE.Y.VPI.C.A00000.I15.L).



- **Inflationserwartungen** (vorübergehend noch wirksam), die über ein Jahrzehnt lang bei rund 2% lagen
 - gelingt keine rasche Rückführung der Inflationsraten in der Eurozone, könnten sich die Inflationsratenerwartungen aus dem 2%-Bereich lösen und sich deutlich erhöhen → auch gesteigerte Lohnforderungen bei Tarifverhandlungen → entsprechend verstärkter Inflationsdruck. **Preis-Lohn-Preis-Spirale**
- Die deutlich steigende **Arbeitskräfteknappheit** in Deutschland, Italien und Spanien – bedingt durch einen demographischen Alterungsprozess, **der sich ab 2025 beim Arbeitsangebot** der Haushalte nochmals verschärfen wird, dürfte mittelfristig erhebliche Lohnsteigerungen in vielen Branchen begünstigen; Zuwanderungsplus 2022/2023 durch Ukraine-Flüchtling...



Inflationsrate in der Eurozone 1999-2027
(IWF-Prognose, April 2022)



Anmerkung: Inflationsrate auf Basis der durchschnittlichen Verbraucherpreise, Stand 2022, Prognose bis 2027. Die Inflationsprognose für 2022 dürfte eine erhebliche Unterschätzung darstellen.

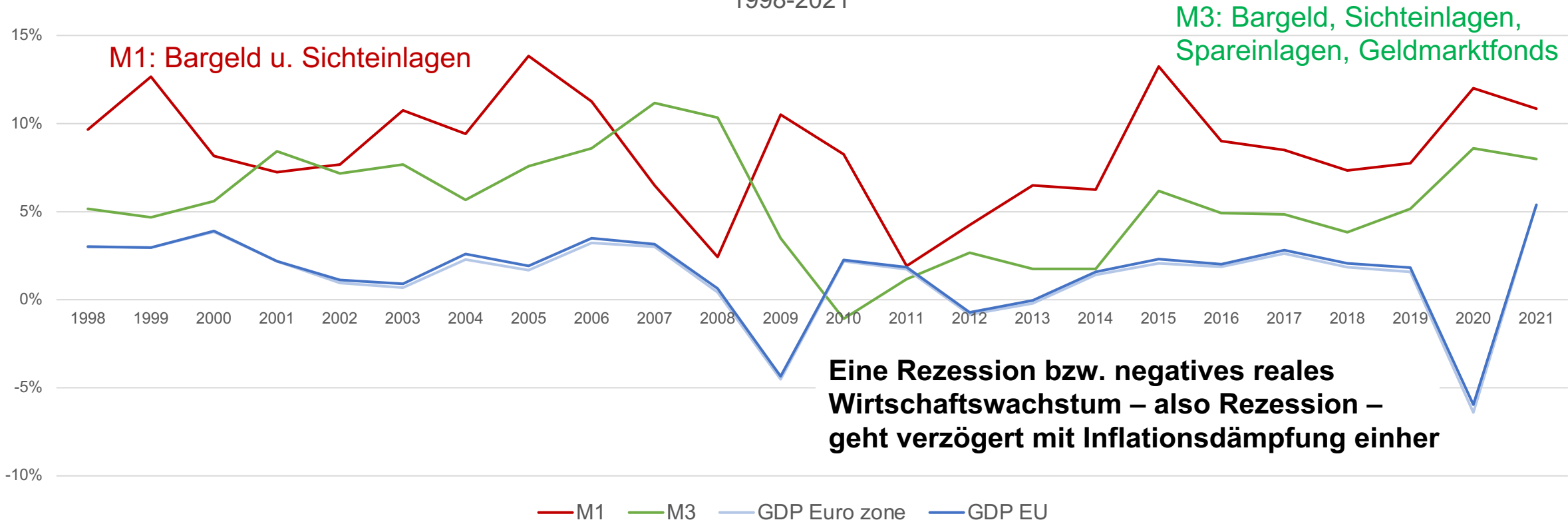
Quelle: Eigene Darstellung, Daten des IWF (IMF World Economic Outlook, April 2022).

Wachstum der Geldmengen M1 und M3 und reales BIP-Wachstum in Europa in %, 1998-2021



Kofinanziert von der Europäischen Union

ECB money supply (M1, M3) growth and real GDP growth in %, 1998-2021



Notes: Year-to-year-%-change, annual values for monetary aggregates are calculated as a simple average of monthly values (12 month maturity (bucket)); annual growth rate for GDP (constant 2015 US\$).

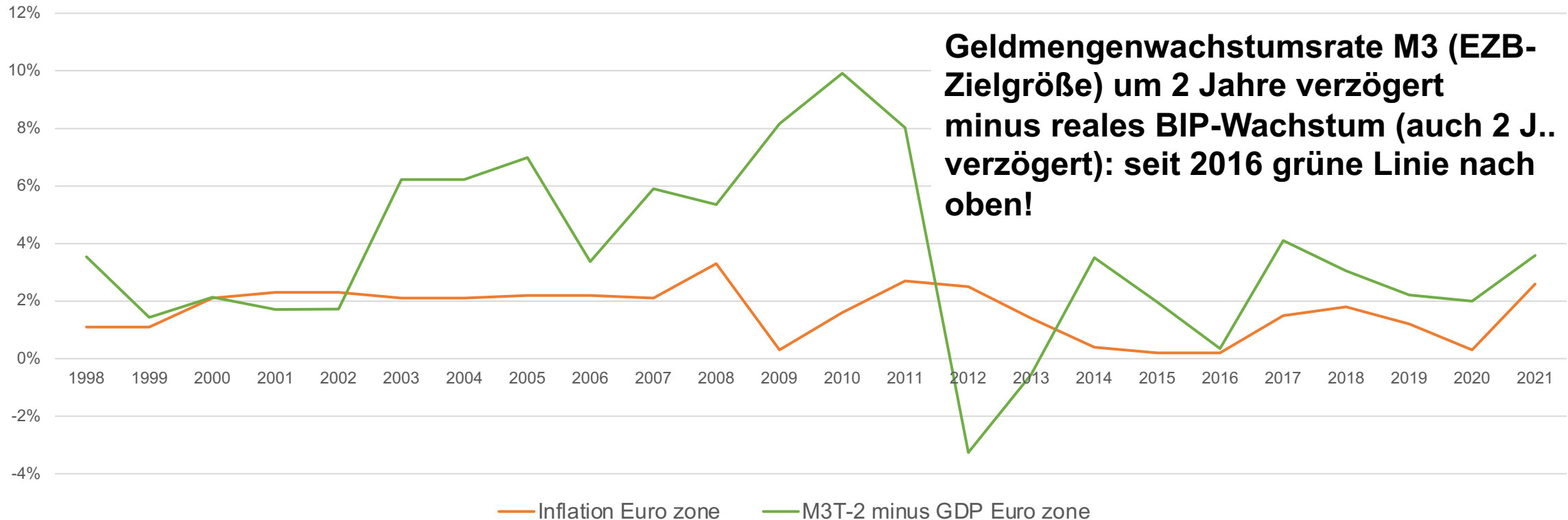
Source: Own calculation and representation based on data from ECB (monetary aggregates M1: *RTD.M.S0.Y.M_M1_V_NC.E*, and M3: *RTD.M.S0.Y.M_M3_V_NC.E*) and WorldBank (GDP growth: *NY.GDP.MKTP.KD.ZG*).

Wachstum d. Geldmenge M3 minus reales BIP-Wachstum (je 2 J. verzögert) und Inflation in %, 1998-2021



Kofinanziert von der Europäischen Union

Inflation in the Eurozone and M3 (2 year lag) year-to-year change minus real GDP growth in %, 1998-2021



Notes: Year-to-year-%-change, annual values for M3 are calculated as a simple average of monthly values (12 month maturity (bucket)); annual growth rate for GDP (constant 2015 US\$); inflation as annual percent change in average consumer prices. M3 growth is lagged by 2 years, then the GDP growth is subtracted.

Source: Own calculation and representation based on data from ECB (*RTD.M.S0.Y.M_M3_V_NC.E*), WorldBank (*NY.GDP.MKTP.KD.ZG*), and IMF.



(Unerwartete) Inflation hat zahlreiche Effekte: meist negativer Art

Schlechte Unterscheidung zwischen relativen und absoluten Preisänderungen

1

Zu schwacher Anstieg des Marktzinseszins; negativer Realzins kann sich ergeben=Überinvestition

2

Kalte Steuerprogression (Deutschland etc.)= höhere Steuerbelastung

3

Sinkender Reallohnsatz (Reallohn= Nominallohn in € pro Stunde/Preisniveau= Kaufkraft des Lohnes)

4

Lohn-Preis-Lohn-Spirale

5

Inflationserwartungen gehen nach oben; Anreiz, Güterkäufe zeitlich vorzuziehen; Preise steigen

6

Währungsabwertung (macht importierte Güter teurer= noch mehr Inflationsdruck)

7

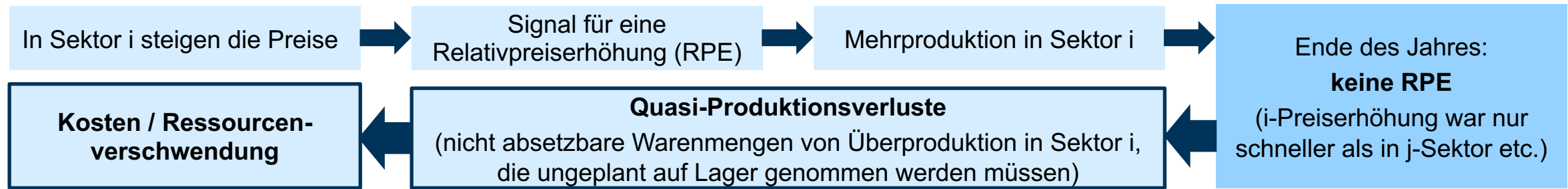
Strukturwandel (z.B. „Flucht ins Betongold“; Wohlhabende kaufen Immobilien: steigen im Wert wie Inflation od. mehr)

8



Relative Preisänderungen in verschiedenen Sektoren können bei Inflation schlecht von absoluten – inflationären – Preisänderungen unterschieden werden

- Marktwirtschaft: Relativpreise sind die entscheidenden Signalgeber für Produzenten und Konsumenten
- Bei **Konfusion von Änderungen von Relativpreisen und allgemeinen inflationären Preisänderungen** (z.B. am Ende der Periode bei allen Gütern +8%) → **Fehlinvestitionen in Unternehmen**, z.B.:



- **Preissystem funktioniert also bei einer deutlichen Inflation nicht so gut wie bei Preisniveaustabilität**
- Bei hohen Inflationsraten: **Erwartungsirrtümer bei Wirtschaftssubjekten** sind häufiger und größer als bei niedrigen



Nominalzins bzw. Marktzins: sollte die erwartete Inflationsrate korrekt widerspiegeln

→ **Realzins (Marktzins minus Inflationsrate) – entscheidend für Investitionen** – unverändert gegenüber Preisniveaustabilität

- **Bei unerwartetem Inflationsanstieg wie 2021/22: Marktzins (um 3% bei Hypothekenkrediten, aber bei Inflation von 8% ist der Realzins -5%) wird weniger stark ansteigen als die Inflationsrate**

Kreditnehmer bzw. Schuldner (z.B. Unternehmenssektor, Staat, „Häuslebauer“): unerwartet niedriger Realzins (Zins in Gütereinheiten)

Umverteilungseffekt zugunsten der Schuldner – strukturell Unternehmen, Staat und private Immobilienkäufer-Haushalte – in der Phase der Inflationsbeschleunigung

Bei unerwarteter Inflationssenkung (Disinflation):

Vorteil für die Gläubiger – z.B. Geschäftsbanken, die Kredit vergeben haben

- In Deutschland: 1% Staatsanleihezins (Q1/2022) und 7% Inflationsrate → Realzins für den Staat: -6%, ein ungewöhnlich niedriger Wert
- Dieser Realzins (r) mag für Unternehmen etwas höher sein, aber ein negativer Realzins ist ökonomisch gesehen wie eine Einladung für Kapitalvernichtung bzw. mittelfristig unrentable Investitionsprojekte (wenn r sich normalisiert). Bei Preisniveaustabilität treten solche Probleme nicht auf und der Unternehmens-Realzins wird in der Regel positiv sein.

2



Kalte Steuerprogression im Progressiven Einkommenssteuersystem Deutschlands

- **2022 dürfte der Einnahmeneffekt für den Staat – ohne dass hierzu ein Steuergesetz im Parlament verabschiedet wurde – bei 11 Milliarden € liegen**
- 2023: Reformgesetz zur Neutralisierung der Kalten Progression vorgesehen
- Kalte Steuerprogression entsteht dadurch, dass Steuersystem nicht die Steuersätze automatisch an Inflation anpasst
- Die reale Steuerlast (Steuerlast in „Broteinheiten“ bzw. der relevante Grenzsteuersatz auf den letzten zusätzlich verdienten € steigt an – im progressiven Steuersystem steigt der Steuersatz mit den Nominaleinkommen an); wirkt wie Umverteilung von privaten Haushalten an Staat
- Zu bedenken: wenn bei 10% Inflation das Nominaleinkommen (in €) von 4000 € auf 4400 € steigt, hat man in Gütereinheiten gerechnet nicht mehr verdient als im Jahr zuvor; hat es nun aber mit einem erhöhten St.satz zu tun (siehe Anhang).



Können Gewerkschaften bzw. Arbeitnehmer:innen **keinen kurzfristigen Inflationsausgleich bei den Lohnverhandlungen** durchsetzen, dann **sinkt der Reallohnsatz** (Relation Preisniveau zu Stundenlohnsatz)

Beispiel Brotökonomie

Inflation

Brotpreis steigt um 10% und Stundenlohn bleibt unverändert



Brotpreis bleibt unverändert und Stundenlohnsatz sinkt um 10%



Aus der Sicht von Unternehmen (z.B. Bäckereien) lohnt es sich verstärkt, Arbeitnehmer:innen einzustellen

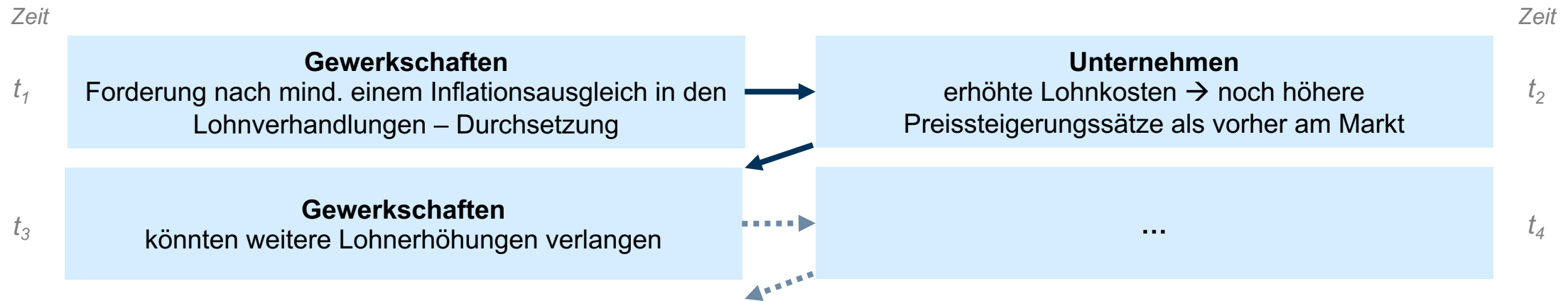


Hinweis:
Energieintensive Bäckereiprodukte sind durch Energiepreisschocks 2022 allerdings als Sektor stark negativ getroffen

→ **zeitweise positive Beschäftigungsgewinne, die jedoch langfristig verschwinden werden**, weil langfristig den Gewerkschaften ein voller Inflationsausgleich erfahrungsgemäß doch gelingt



Die Inflation kann zu einer **Lohn-Preis-Lohn-Spirale** führen



→ Problematische **Inflationsbeschleunigung** möglich – auch im Kontext erhöhter Inflationserwartungen in t_1 , t_2 etc.



- Hohe Inflation ist mit mehr Ungleichheit verbunden – typischerweise sind arme Haushalte Verlierergruppe
- **Zinssätze sind real auf den Sparkonten und Girokonten sehr niedrig, aber die Preissteigerungen bei Immobilien sind oft sogar höher als die Inflationsrate**
- **Wohlhabende Menschen werden aus Angst vor inflationsbedingten Vermögensverlusten verstärkt in Immobilien, Aktien** und ausländische stabile Währungen investieren) → Immobilienbesitzer gehören zu den Gewinnern der Inflation; für arme Haushalte ist Kauf von Immobilien relativ schwer zu realisieren...
- Mehrheit der Normal- und Geringverdienenden: realer Vermögensverlust bei Inflation
- Hier kann bei der Mittelschicht – wie bei den sehr hohen Inflationsraten in Deutschland unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg oder gar der **Hyperinflation in 2023** – eine Entfremdung vom politischen System entstehen bzw. eine Radikalisierung im linken oder rechten Parteienspektrum, was die Demokratie destabilisiert.



Aufgabe der EZB: Erhöhungen des Notenbankzinssatzes

→ Anstieg der kurz- und mittelfristigen Nominal- und Realzinssätze (später auch der langfristigen Zinssätze)

- **Möglich: Entstehen einer inflationsdämpfenden Rezession** (Unterauslastung der Produktionskapazitäten, Firmen senken – bei Wettbewerb – die Preise)
- **Je höher die Glaubwürdigkeit der Zentralbank in der Eurozone (EZB)**, desto stärker können schon notenbankseitige **Ankündigungen von Zinserhöhungen** zum Sinken der Inflationsrate beitragen
- **EZB: hat seit Start (1999) eine hohe Glaubwürdigkeit** unter Finanzinvestoren und bei privaten Haushalten erworben (ähnlich hoch, wie es früher bei der Deutschen Bundesbank zu DM-Zeiten gemessen wurde)
 - Die Entwicklung 2021/2022 ist aber in USA, UK, Eurozone doch **schockartig bei der Inflationserhöhung!**
 - **Ölpreis wird bei Rezession in 2023 in OECD-Ländern vermutlich deutlich sinken**
 - **Frage nach Rückgang der Strompreise; letzeres wäre möglich:** wenn Gaspreisdeckel im Strommarkt käme: siehe Roeger-Welfens EIIW Diskussionspapier 323 (Englisch) im Sept. 2022; auch DE-Fassung nachfolgend)



Unter Ökonom:innen gilt ein wichtiges Argument pro **politische Unabhängigkeit von Zentralbanken** (im Euroraum realisiert bei der EZB und den nationalen Zentralbanken):

Nur von einer politisch relativ unabhängigen Zentralbank sind dauerhaft niedrige Inflationsraten zu erwarten, wie die historischen Erfahrungen unter anderem in EU-Ländern vor 1999 in zahlreichen Fällen zeigen;

die Deutsche Bundesbank – wie auch Zentralbank in Niederlande bzw. Österreich - hatte sich im Übrigen im Verlauf vieler Jahre eine politische Unabhängigkeitsposition schon vor 1999 (Start von EZB und Euro) erworben; **erfolgreiche Niedriginflationpolitik unter Deutscher Bundesbank** (Inflationsrate im langfristigen Durchschnitt um 3%, aber bei zwei OPEC-Ölpreisschocks in den 1970er Jahren, stieg Inflation zeitweise auf 7%, in USA auf 13%, Japan 19%).

Gegenteil von pol. Unabhängigkeit der Zentralbank vor 2001 z.B. in Griechenland über viele Jahre: dort konnte zu Beginn eines Wahljahres der Agrarminister quasi anordnen, dass die Zentralbank mehr Geld drucken sollte, mit dem die Regierung neue (populistische) Wohltaten finanzieren konnte – mit Inflationserhöhung nach einem erhofften Wiederwahlsieg.

7



Einige Ökonom:innen argumentieren:

bei einer Inflationsrate in mittlerer Höhe (5% bis 10%) gehe der **Strukturwandel der Wirtschaft** leichter vonstatten,

weil: die geringe Variabilität von Preisen nach unten dann weniger ein Problem für den sektoralen Strukturwandel darstellt.

→ **unterschiedliche Interessen verschiedener Bevölkerungsgruppen an Preisniveaustabilität.**



Frage für 2023-2024:

Wird die Inflationsrate in Deutschland/der Eurozone eher ansteigen oder eher sinken?

- **Die Gaspreise in der EU könnten durch anhaltende Nichtlieferung von Gas** durch Russland weiter ansteigen= höhere Strompreise etc.
- **Der Euro könnte weiter gegenüber dem \$ abwerten** = mehr importierte Inflation.
- *Relativ hohe Inflationsrate in 2022/23 und Energieversorgungsunsicherheit (Politik der Regierung adäquat?) bei privaten Haushalten könnte zu sozialen Unruhen führen*

vs.

- **EZB hat Prognose im September 2022 verkündet, dass die Inflationsrate mittelfristig zurückgehen wird:** Das beeinflusst u.a. die Inflationserwartungen nach unten (wenn hingegen die Inflationserwartungen stiegen, werden viele Konsumentinnen/Konsumenten Güterkäufe zeitlich vorziehen: viele Güterpreise stiegen dann erst recht stark an).
- **Öl- und Gaspreise sinken** in 2023 wegen internationaler Rezession in Europa/USA
- Bis 2024 könnten deutlich **mehr billige Erneuerbare Energien** genutzt werden, was Strompreissenkung bringt



- **Nach 10 Jahren „Inflationspause“ in der Eurozone könnte eine mehrjährige Inflationsphase** kommen, die als neue Unsicherheit von privaten Haushalten und Unternehmen wahrgenommen wird.
- **Wenn die EU-Länder (und UK etc) den Winter 2022/23 und den Folgewinter gut überstehen**, dürfte die Besorgnis von Haushalten und Unternehmen zurück gehen.
- **Frage ist, ob EU ggf. vorhandene Finanzmittel** in sinnvoller Weise Richtung Mitgliedsländer umwidmen kann; und vorhandene Mittel aus Next Generation (Corona)Fonds gilt es seitens dieser Länder zügig abzurufen – dafür müssen Projekte von Politik national definiert werden.



In Beiträgen der **Bundeszentrale für politische Bildung** wird einerseits der Begriff der Inflation erklärt und andererseits in einem Artikel auf die Inflationssituation 2022 (Stand Ende April) eingegangen.

Lexikon der Wirtschaft: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/19723/inflation/>

Inflation und Inflationsangst: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/geldpolitik-2022/507733/inflation-und-inflationsangst/>

Die **Deutsche Bundesbank** erklärt Erzeuger- und Verbraucherpreise, die als Grundlage für Inflationsberechnungen dienen, sowie verlinkt auf Zeitreihen.

<https://www.bundesbank.de/de/statistiken/konjunktur-und-preise/erzeuger-und-verbraucherpreise/erzeuger-und-verbraucherpreise-775284>

Die **Europäische Zentralbank (European Central Bank)** fasst kurz die Rolle des harmonisierten Verbraucherpreisindex als Basis für Inflationsberechnungen zusammen und stellt im *Inflation Dashboard* eine detaillierte Aufschlüsselung verschiedener Inflationsaspekte dar.

https://www.ecb.europa.eu/stats/macroeconomic_and_sectoral/hicp/html/index.en.html

Der Jahresbericht 2022 der **Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (Bank for International Settlements)** geht in Kapitel II („Inflation: A look under the hood“) tiefer auf Inflation ein.

<https://www.bis.org/publ/arpdf/ar2022e.pdf>

Die **Schweizerische Nationalbank** stellt ihre geldpolitische Strategie vor.

https://www.snb.ch/de/i/about/monpol/id/monpol_strat#

Siehe auch EIIW-Diskussionspapiere (www.eiiw.eu)

In der „**Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2022: Energiekrise: Inflation, Rezession, Wohlstandsverlust**“ analysiert eine Gruppe aus Wirtschaftsforschungsinstituten die aktuelle wirtschaftliche Situation in Deutschland. <https://gemeinschaftsdiagnose.de/2022/09/29/gemeinschaftsdiagnose-herbst-2022-energiekrise-inflation-rezession-wohlstandsverlust/>



- z.B.: bei Inflationsrate von 10%, Steuersatz von 25% auf ein Einkommen von 4000 € und einem reinen Inflationsausgleich von 10% beim Nominaleinkommen (in €) → tarifbedingt steigt das Einkommen auf 4400 € an
- wenn aber bei einem solchen Einkommen – in Gütereinheiten ja unverändert – nun im Zuge der Steuerprogression ein Steuersatz von 30% fällig wäre: monatliche Steuerschuld nicht mehr € 1000, sondern 1320 €
- in Gütereinheiten ist das 10% weniger wegen der angenommenen Inflationsrate:
1188 € in konstanten Preisen → real 188 € mehr Abgaben → Erhöhung der realen Steuerlast um 18,8%.
- In der Realität ist der Sprung von einer Tarifstufe im Progressiven Einkommenssteuersystem nicht so stark wie im einfach zu rechnenden Beispielsfall, aber das Grundproblem sollte klar sein:
Erhebliche Inflation sorgt ohne Steuersenkungsmaßnahmen des Staates dafür (vergl. Auch Österreich 2022: weitgehende Indexierung des Steuersystems = autom. Anpassung an Inflation), dass vor allem mittlere und hohe Einkommensbezieher:innen überproportional von einer demokratisch nicht beschlossenen verdeckten Zusatzsteuer belastet werden (Einkommensbezieher mit rel. hohem Einkommen zahlen überproportional hohe Grenzsteuersätze)
 - Deutschland: Gesetz fordert alle zwei Jahre eine Überprüfung der Steuersätze gefordert – was aber das Parlament entscheidet, ist ihm überlassen. **Debatte 2022 in DE: Steuerreform gegen Kalte Progression (Aufhebung der Inflationsverzerrung) wird vermischt mit Umverteilungsfragen (Hilfe für arme Haushalte); beides sollte man trennen=2 pol. Projekte**



Kofinanziert von der Europäischen Union. Die geäußerten Ansichten und Meinungen sind jedoch ausschließlich die des Autors und spiegeln nicht unbedingt die der Europäischen Union oder EACEA wider. Weder die Europäische Union noch die Bewilligungsbehörde können für sie verantwortlich gemacht werden.